

Annoncen
Annahme-Bureau
Dr. Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmitz, 16.)
bei C. H. Ulrich & Co.
Breitestraße 14.
In Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Streissand,
in Breslau bei Emil Habach.

Annoncen
Annahme-Bureau
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei G. L. Baub & Co.
Hasenstein & Vogler,
Rudolph Kloss.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidenbank.“

Posener Zeitung.

Achtundsechzigster Jahrgang.

Nr. 863

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 5 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 9. Dezember
(Erscheint täglich drei Mal.)

Anno 20 Pf. die sechspalte Zeile oder deren Raum, Postkarten verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1875.

Amtliches.

Berlin, 8. Dezember. Der Kaiser hat den Gemeinderath Josef Dudenhofer, Ritter zu Lautenburg im B.-Unter-Elsäss zum Bürgermeister und den Gemeinderath Georg Anton Guckert, Gutsbesitzer derselben, zum Beigeordneten dieser Gemeinde ernannt.

Der König hat den Rittergutsbesitzer Stephan Adam v. Dziebonski auf Schloss Meseritz zum Landrat; den Kreisrichter Hammer in Hainberg zum Kreisgerichtsrath ernannt.

Der frühere Hauplehrer der Gemeindeschule in Markirch, Bez. Ober-Elsäss, und Kommiss. Kreis-Schulinspektor zu Château-Salins im Bez. Lörringen, Johann Georg Oehret ist zum kaiserl. Kreis-Schulinspektor in Elsäss-Lörringen ernannt worden.

Der ord. Seminar-Lehrer Magnus zu Neumied ist in gleicher Eigenschaft an das Schullehrer-Seminar zu Wunstorf versetzt, am evang. Schullehrer-Seminar zu Franzburg der provis. Lehrer Dr. Dröchner als ord. Seminar- und Musiklehrer definitiv angestellt, der Kandidat der Theologie und bish. erste Lehrer an der städtischen Schule zu Mühlberg, Fränzel, als provis. Seminarlehrer an dem l. Schullehrer-Seminar zu Neuwied angestellt, der Wasserbau-Inspektor Heinrich Garbe, früher in Brümmelberg, zum ord. Lehrer des Wasserbaus an der l. polytechnischen Schule in Hannover ernannt, dem Landrat v. Dziebonski zum Landrat in dem Kreise Meseritz übertragen, der Advokat Fischer zu Neustadt a. R. zugleich zum Notar für den Bez. des Königs. Obergerichts in Hannover mit Anweisung seines Wohnsitzes in Neustadt a. R. ernannt worden.

Außerordentliche Generalsynode.

Berlin, 7. Dezember.

XI.

Präsident Graf Otto zu Stolberg-Wernigerode eröffnet die Sitzung um 12 Uhr. Als Regierungskommissionen sind anwesend Präf. Herrmann, Unterstaatssekretär Dr. Sydow und Ministerial-Direktor Dr. Förster. Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung der General-Synodalordnung. zunächst wird der Antrag v. d. Golß der gestern zu § 6 gestellt worden, in zweiter Abstimmung angenommen und dann die Debatte über § 7 der General-Synodalordnung fortgesetzt. Derselbe lautet: „Der Kirchenregierung wie der General-Synode bleibt unbekommen, auch über andere Gegenstände der kirchlichen Ordnung, deren allgemeine kirchengesetzliche Regelung bestimmt erachtet wird, Gesetzesvorschläge zu machen.“ An der Diskussion über diesen Paragraphen beteiligten sich die H. Techow, welcher sich gegen die allgemeine Fassung des § erklärt. v. Kleist Rezow, der einen vom Präsidenten Hegel gestellten Antrag befürwortet, welcher dephin geht: nach den Worten „erachtet wird“ einzuhalten: „und welche nicht der provinziellen Gesetzgebung überlassen werden müssen.“

Oberbürgermeister Miguel: Der § sei höchst bedeutsam, denn nach ihm wäre es möglich, selbst die einfachste kirchliche Gesetzgebung in jedem beliebigen Punkte zu ändern. Deshalb stimme er der Tendenz des Ammendements Händel bei, habe es aber an dieser Stelle für nutzlos und bestreitet in den Schlussbestimmungen die Beschlüsse der General-Synode, welche auf Verfassungsbestimmungen hinzielten, an besondere Formen zu binden. — Präsident Herrmann ist auch gegen den Hegel'schen Antrag an dieser Stelle, da es der definitiven General-Synode vorbehalten sei, die Gesetze zu bestimmen, welche der Provinzialgesetzgebung unterliegen sollen. Sollte der von Miguel angezeigte Gedanke Anklang finden, so empfehle er den § 29 zur Aufnahme der Bestimmungen, die an und für sich gar nicht notwendig seien. — Nachdem noch v. Dief (Daber) den Antrag Hegel befürwortet, wird dieser abgelehnt und § 7 der Vorlage angenommen.

§ 8 lautet: „Es hängt von dem Ermessen der Kirchenregierung ab, über Gesetzesvorschläge, welche sie der General-Synode zu machen beabsichtigt, zuvor die Provinzialsynoden oder einige derselben vor gutachtlichen Auflösung zu veranlassen, bei Veränderungen, welche die Liturgie oder die kirchlichen Bücher betrifft, (§ 6 Nr. 3) soll diese Abänderung der Provinzialsynoden in der Regel geschehen. Hierzu beantragen: Präsident Hegel: den Schluss zu streichen und statt dessen hinzufügen: Bei Veränderung der Kirchengemeinde- und Synodalordnung vom 10. Sept. 1873 müssen stets die Provinzialsynoden der befreiteten Provinzen zuvor gehoben werden, und wenn 3 Synoden derselben widersprechen, so können sie nicht durch landeskirchliches Gesetz eingeführt werden. 2. Dr. Techow und von Dief hinter den Worten des Ammendements Hegel vom 10. September 1873 eingeschrieben: „und dieser Ordnung vorbehaltlich der Bestimmungen des § 9.“ 3. vom Regierungsrath Hellwig: In dem letzten Satz des Regierungsentwurfs die Worte „oder die kirchlichen Bücher“ zu streichen. 4. von Dr. Rödenbeck und Gen.: Im ersten Satz statt der Worte: „zuvor die Provinzialsynoden oder einige derselben“ zu setzen: „zuvor die Provinzialsynoden, bezüglichweise die ausschließlich Verhältnisse“ ferner den zweiten Satz folgendermaßen zu fassen: „Wenn es sich um kirchengesetzliche Normen handelt, welche auf die Liturgie, die Liturgie, die Kirchenordnung oder die Verfassung Bezug haben, so soll die Abänderung der Provinzialsynoden in allen Fällen erfolgen.“ — Bei der Diskussion hält Ministerialdirektor Dr. Förster um Ablehnung aller Ammendements und Annahme der Regierungsvorlage. Dr. Rödenbeck vertheidigt seinen Antrag, der den Provinzialsynoden ihr Recht wahren will. Oberstaatsrat Dr. Herrmann erklärt sich Namens der Regierung ebenfalls gegen die Ammendements auch gegen das Rödenbeck'sche. Oberbürgermeister Miguel wünscht Garantien, daß nicht eine künftige General-Synode alles umstößen könne, was die jetzt beschließt; das könnte aber nur geschehen wenn in den angegebenen Fällen die Provinzialsynoden bestraft werden müßten. v. Dief bestreitet seinen Antrag. Präsident Dr. Herrmann: Es handelt sich darum, die Befugnisse festzustellen, innerhalb deren der evangel. Oberkirchenrath an die Zustimmung der Synoden gebunden sei. Dem Kirchenrat könnte es hierbei gleichgültig sein, ob die Zustimmung von der General- oder Provinzial-Synode ausgehen sollte. Überzeugend würde der evang. Oberkirchenrath seine Vorlagen der Provinzial-Synode zugehen lassen und werde er hierbei ganz gewissenhaft verfahren. Professor v. d. Golß (Bonn) erklärt sich für das Ammendement Rödenbeck und gegen die übrigen Anträge. Für dasselbe Ammendement erklären sich noch die H. v. d. Recke (Oberfeld), Graf Mittberg (Glogau) und Professor Dr. Gierke (Breslau), dann wird die Diskussion geschlossen und § 8 mit den Anträgen Rödenbeck und Hellwig angenommen.

§ 9 lautet: Veränderungen der revidierten Kirchenordnung für Westfalen und die Rheinprovinz können, wie bisher, von den Provinzial-Synoden dieser Provinzen beschlossen und durch Bestätigung der Kirchenregierung in Kraft gesetzt werden. — Werden Bestimmungen des genannten Kirchenordnung durch ein von der Kirchenregierung

beabsichtigtes landeskirchliches Gesetz betroffen, so müssen die Synoden der beiden Provinzen, bevor der Gesetzesvorschlag an die General-Synode gelangt, gutachtlich geblieben werden. — Gehen solche Gesetzesvorschläge von der General-Synode aus, so sind die Gutachten der genannten Provinzial-Synoden vor der Einholung der l. Sanction zu veranlassen. — Außerdem sich beide Synoden übereinstimmend gegen die Veränderung ihrer Kirchenordnung, so bleiben diese Provinzen von dem Geltungsbereich der betreffenden landeskirchlichen Vorchrift ausgenommen.“ — Hierzu beantragen: 1) v. Kleist-Rezow am Schluss des § 9 nachstehenden Zusatz hinzufügen: Auch die Provinzial-Synoden der 6 anderen Provinzen haben das Recht, Veränderungen der in ihnen geltenden Verfassung zu beschließen; die Kirchenregierung kann derartige Vorschriften jedoch erst dann die Bestätigung ertheilen, wenn die General-Synode erklärt hat, daß dieselben der Einheit der evang. Landeskirche nicht entgegenstehen. Unten denselben Bedingungen können sie von Veränderungen der in ihnen geltenden Verfassung ausgenommen werden; 2) Konf. Rath Niemann (Münster) Al. 4 zu fassen: „Neuerlich sich eine der beiden Synoden gegen die Veränderung ihrer Kirchenordnung, so bleibt diese Provinz von dem Geltungsbereich der betreffenden landeskirchlichen Vorchrift ausgenommen.“ — Bei der Diskussion vertheidigt v. Kleist-Rezow seinen Antrag; Graf Mittberg erklärt sich gegen denselben und für den Niemann'schen Antrag, während Prof. Krafft und Präf. Herrmann sich gegen alle Anträge und für die Annahme der Regierungsvorlage aussprechen. In gleicher Weise sprechen sich auch Oberkonf. Rath Dr. Hermann und zwei andere Männer aus, wogegen Niemann in längerer Rede seinen Antrag vertheidigt, den er nur auf ausdrücklichen Wunsch der westfälischen Provinzial-Synode gestellt habe. Ober-Bürgermeister Miguel bittet alle Anträge abzulehnen und die Regierungsvorlage anzunehmen. Nachdem noch Superintendent Hubermeier, Ministerialdirektor Dr. Förster u. Graf Krassow sich in gleicher Weise geäußert, zieht Konf. Rath Niemann seinen Antrag zurück. Der Antrag v. Kleist wird abgelehnt und die Fassung des § 9 nach der Regierungsvorlage angenommen.

Für § 10 beantragt Präsident Hegel folgende Fassung: „Die General-Synode übt eine Kontrolle über die vom evang. Ober-Kirchenrat verwalte oder unter seiner Verfügung gestellten kirchlichen Fonds und sonstigen kirchlichen Einnahmen, und vereinbart mit ihm die leitenden Grundsätze für ihre Verwendung. Der General-Synode, und in den Jahren, in welchen sie sich nicht versammelt, dem Synodalrat (§ 34) ist die Jahresrechnung über diese Fonds durch den Synodalvorstand, welcher sie einer Überprüfung unterzieht, zu präsentieren und Erteilung der Entlastung vorzulegen!“ — An der Debatte beteiligen sich die Herren Lenz, Hezel und Maier und nachdem sich der Regierungskommissar, Präf. Dr. Herrmann, für diesen Antrag ausgesprochen, wird derselbe mit großer Mehrheit angenommen. — § 11 wird unter Hinzufügung des Zusatz: „(§ 10) am Schlusse des Artikels und § 12 ohne jede Debatte in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen, worauf der Präsident um 4 Uhr 5 Min. nach dem Pastor Krummacher das Schlüsselet gesprochen, die Sitzung schließt und die Fortsetzung der heutigen Tagesordnung auf morgen Mittag 12 Uhr anberaumt.“

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 8. Dezember.

— Am 7. d. Abends 6½ Uhr hat die feierliche Einsegnung der Leiche des Grafen Wendt zu Eulenburg stattgefunden. Einem Bericht der „Nat.-Z.“ entnehmen wir darüber Folgendes:

In dem elterlichen Trauerhaus auf der Oranienstraße hatte sich zur angesetzten Stunde eine aus ungefähr 200 Personen bestehende Trauerversammlung eingefunden, in der neben den näheren Verwandten und Bekannten im Auftrage des Kaisers der General-Major-Graf von der Goltz und Flügeladjutant Graf Leibnitz, der Minister Graf zu Eulenburg und Dr. Friedenthal, der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt v. Bülow, Generalfeldmarschall Graf Wrangel, der Bize-Oberstallmeister v. Rauch, Professor Dr. Greif, eine große Anzahl Offiziere und viele Herren in Zivil sich befanden. Um 6½ Uhr wurden die Thüren zum großen Saale geöffnet, dessen Hintergrund halbkreisförmig durch hochstämige Blattippen gesäumt war. Von zwei mächtigen Kandelabern mild beleuchtet, stand in der Mitte der Sarg, der die irische Hölle des Verbliebenen barg, auf seinem Kopfende lag der Husaren-Kapal und das Eiserne Kreuz auf weißem Atlasstoff, sonst war er über und über von liegenden Händen mit Lorbeerkränzen und Palmenweigen geschmückt. Zur rechten Seite des Sarges saßen der greise Vater, der Präsident Graf zu Eulenburg, neben ihm Fürst Bismarck in der Uniform seines Dragoner-Regiments, zu seiner Rechten seine Gemahlin die Fürstin Bismarck, dann Comtesse Marie Bismarck, die tiefgebeugte Braut des Dahmehochdiensten, und die Mutter, Gräfin zu Eulenburg geb. Gräfin Dönhoff-Friedrichstein. Die anderen Damen des Hauses saßen weiter zurück im Hintergrunde, die Brüder des Verstorbenen bewegten sich in der Gesellschaft. Nachdem sich letztere im weiten Kreise um den Sarg gruppirt, erhöhte vom Domchor das Lied: „Lasset mich gehen, lasst mich gehen, daß ich Jesum möge auf!“ Nunmehr ergriff der Konfessor Bädmann das Wort und versuchte in längerer Rede, welcher 1. Korinth 13. 8: „Die Liebe hört niemals auf“ zu Grunde lag, ein Bild des Verstorbenen zu geben und die Leidtragenden zu trösten. — Nach dem Vaterunter segnete der Geistliche alsdann den Sarg ein und mit diesem Segensspruch endete die Feier. — Fürst Bismarck nahm noch von den Anwesenden den Ausdruck herzlicher Teilnahme entgegen; der tiefe Bewegung seines Innern vermochte er kaum Herr zu werden und zerdrückte mehr als eine Thräne mit dem Taschentuche.

Die Leiche sollte noch an demselben Abend mit der Ostbahn nach dem Familiengute befördert werden.

— In Bestätigung, daß gegen den Stadtgerichtsdirektor Reich die Disziplinaruntersuchung eingeleitet worden, schreibt man von unterschreiter Seite der „M. Z.“:

Das Verfahren leitet der Kammergerichtsrath Wagner; als Ankläger fungiert der Ober-Staatsanwalt von Lütz, die Beschwerde gegen Herrn Reich ist auszugsweise vom Kammergerichtsrath Lütz. Die Sache verhält sich im Wesentlichen so, wie sie bereits mitgetheilt wurde: Die Herren Lütz, Reich und andere höhere Richter führen in dem Restaurant Wagner (im sogenannten schweren Wagner) ein Gespräch über die Affäre Armin, und dabei geriethen die beiden genannten Richter in Meinungsverschiedenheiten, die nicht auszugleichen wurden, sondern die Herrn Lütz und Veranlassung gaben, Auseinandersetzungen des Herrn Reich zur Anzeige zu bringen. Außerdem scheint Letzterer

darüber sich verantworten zu sollen, ob resp. in wie weit er über das Urteil der ersten Instanz gegen Armin vor Präsentation desselben an irgend wen Mitteilungen habe gelangen lassen.

Die „anonyme Denunziation“, von der die „Frankl. Ztg.“ berichtet, ist also anscheinend gar nicht vorhanden. — Über das Armin'sche Gut Nassenhaide, dessen in letzter Zeit mehrfach als Objekt einer eventuellen Vermögenssequestration gedacht wurde, schreibt die „N. St. Ztg.“:

Der Graf hat das Gut in einer flotten Zeit recht theuer gelaufen und darauf viel gebaut und melioriert. Die Kosten der letzteren Anlagen sind, ebenso wie der Ankauf eines Bank-institutes geschehen, welches hierfür durch erhebliche hypothekarische Eintrittszahlungen auf Nassenhaide entzöglicht worden ist. Mit seinen Anlagen, z. B. seiner inzwischen zum Theil sozusagen abgebrannten Biegelei, ist Graf Armin nicht sehr glücklich gewesen und die Bövenverträge sollen auch sich nicht erheblich verbessert haben, so daß nicht selten wieder der junge Armin mit seinen Mitteln ausheilen mußte, welcher dadurch ebenfalls Gläubiger der Herrschaft geworden ist. Sonach dürfte Nassenhaide ganz erheblich belastet sein, während sein Wert dem von dem Grafen auf dies Besitzthum gemachten Aufwande, der uns inl. Kaufpreis auf ca. siebenhunderthalbtausend Thaler angegeben wird, nicht entfernt entspricht, wenn man die Erträge des Gutes in Betracht zieht. Der Sequester dürfte vereinst somit nur wenig Überschüsse zur Kasse des Fiskus abzuliefern im Stande sein.

— Wie man der „Voss. Ztg.“ mittheilt, wird Herr von Nathusius-Ludow aus seiner Stellung als Chefredakteur der „Kreuzzeitung“ scheiden.

— Der Reichstag wird in kürzester Zeit sich mit den jüngst vom Bundesrat beschlossenen Gesetzen, betreffend 1) die weitere Anordnung über Verwendung der durch das Gesetz vom 2. Juli 1873 zum Ratifikament des Heeres bestimmten 106 846,810 Thaler und die zu diesem Zwecke ferner erforderlichen Geldmittel, 2) die Verwendungen aus der französischen Kriegskosten-Entschädigung, 3) die zur Erwerbung und Errichtung eines Schießplatzes für die Artillerie-Prüfungskommission u. s. w. erforderlichen, aus der französischen Kriegskosten-Entschädigung zu deckenden Geldmittel beschäftigen.

Die Motive zu dem erfragten Gesetz enthalten manche recht interessante Momente. Aus den früheren Übersichten geht hervor, daß mit Rückblick auf die bis einschließlich 1874 verzeichneten und innerhalb des Jahres 1875 vornehmlich zur Verwendung gelangenden Ausgaben für das Ratifikations- und Ausbau am Ende des laufenden Jahres nur noch ein Bestand von 34 774,359 M. verbleiben wird, von welchem nach den getroffenen Dispositionen für 1876 34 505,359 Mark für 1877 und weiter 269,000 M. zur Verwendung gelangen dürften. Es empfiehlt sich daher, daß die Gemüthsruhe zur Vertheilung der beständigen Ausgaben gleich auf die Jahre 1876 und 1877 zusammen verlängert werde. In Folge der Veränderungen in den Bestimmungen über die künftigen Kriegsformationen und Kriegsstärken treten insofern jetzt noch neue, in den bisherigen Bedarfsanschlägen nicht vorgehene Ausgabenbedürfnisse hervor, die sich auf 4 870,694 M. berechnen und wie folgt begründen: 3 871,715 M. zur Bekleidung des Mehrbedarfs an Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke für die notwendig gewordenen Erweiterungen der Kriegsformationen, sowie für die künftigen Kriegsformationen und Kriegsstärken treten insofern jetzt noch neue, in den bisherigen Bedarfsanschlägen nicht vorgehene Ausgabenbedürfnisse hervor, die sich auf 4 870,694 M. zur Bekleidung des vorhandenen Truppen vorhandenen geeigneten Stücke, sowie die verfügbare zu machenen, für den Feldgebrauch verwendbaren Bestände derselben sind auf den Bedarf in Anrechnung gebracht. Außerdem soll auf die, nur für den Garnisondienst geeigneten Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke der Truppen auch ferner im Interesse der Besatzungstruppen zurückgegriffen werden, so daß die angemeldete Mehrbeschaffung sich nur als eine durchaus gebotene Ergänzung des vorhandenen darstellt. Diese Ergänzung erst bei dem Eintritt einer Mobilisierung bewirken zu lassen, ist nicht anängig. Die Aufstellung bzw. Mobilisierung eines Theils der Truppen würde hierdurch Verzögerungen erleiden, welche sehr nachtheilig werden könnten. Die vorsorgliche Beschaffung ist daher nicht zu umgehen. 661,479 M. zur Beschaffung und Ausrüstung der Ausbildungskräfte — Falterteile, Patronenbüchsen und Kartuschen — für den Dienstgebrauch verhindern können, für den zur Bewaffnung der Kavallerie und der berittenen Trainmannschaften bestimmten neuen Karabiner. Diese 4 533,194 M. für Bekleidung und Ausrüstung würden der Übersicht von den Ratifikationskosten als neue Position hinzugezogen sein. 337,500 M. für die Befestigung der kriegerischen Ausrüstung der Armee mit Sanitätsmaterial, durch Ausstattung der neuformierten Truppenteile und Sanitätsbranchen. Eine Beschaffung der bei der Ausbildungslinie, insbesondere der Truppen-Medizinalkisten, Krankenträger, Apparate für Eisenbahnwagen zur Vermehrung der Sanitätsplätze u. s. w. findet bei dem Eintritt einer Mobilisierung große Schwierigkeiten; sie muss daher vorvorsichtig schon im Frieden geschehen. Dieser Mehrbedarf würde der Ratifikationskosten Übersicht als Erhöhung der Vof. 1 im Kapitel 3 hinzutreten 4 870,694 M. wie vor. Es wird beabsichtigt, mit diesen Beschaffungen sofort in der Art vorzugehen, daß die Kosten nach 1876 zur Verrechnung gelangen. Der Bedarf für das Ratifikament des Heeres erhöht sich hierauf auf 325,411,124 M.

— Der Reichstag hat in der Sitzung vom 11. Dezember v. I. beschlossen: Die Regierung aufzufordern, darauf Bedacht zu nehmen, daß die Stellen der Gouvernements, der Kommandanten und der Plasmajoren als besondere Posten nur da aufrecht erhalten werden, wo im dienstlichen Interesse die Geschäfte der Stellen als Nebengeschäfte nicht wahrgenommen werden können. Aus Anlaß dieses Beschlusses hat die Militärverwaltung die Notwendigkeit einer Beibehaltung der bezeichneten Stellen erneut geprüft. Die Erwägungen, welche diese Prüfung geleitet haben, und das Ergebnis der letzteren sind dem Reichstage in einer Denkschrift zugegangen, in der die Bedürfnisfrage in Betrieb der Festungen und der offenen Städte besonders behandelt wird. Was die Festungen anbetrifft, so wird für diese der Bedarf einer Kommandantur als unzweifelhaft bezeichnet. Zum Wirkungskreise eines Kommandanten einer offenen Stadt gehören nach der Denkschrift:

1) die Anordnung der militärisch-polizeilichen Maßregeln; 2) die Einrichtung und Beaufsichtigung des Garnison-Wach- und sonstigen Garnisonsdienstes; 3) die spezielle Aufsicht über alle einzelnen im Gar-

missionen befindlichen, einem besonderen Kommando nicht unterstehen. Militärpersönlichkeiten, sowie über hiesigen Militärpersönlichkeiten, welche im Arrest oder im Lazarett sich befinden, bzw. im Garnisonstjenste verhindert werden; 4) die Garnisonkirchen- und Schulangelegenheiten; 5) die Aufsicht über alle Garnisonanstalten, insbesondere über diejenigen, welche der gemeinschaftlichen Nutzung mehrerer Truppenheile dienen; 6) die Mitwirkung bei allen Neuanlagen und Erweiterungen von Garnisonseinrichtungen; 7) die Einquartierung und Weiterförderung der einstrendenden Militärlkommandos, und 8) die Ausübung der höheren und niederen Gerichtsbarkeiten, sowie der Disziplinar-Strafgerichts- und der Disziplinar-Strafverordnung. Als weitere Aufgabe des Kommandanten wird die Pflege eines guten Einvernehmen der Garnison mit der Bürgerlichkeit bezeichnet. An die Spitze einer militärischen Volksbehörde gestellt, soll der Kommandant eine vermittelnde Stellung zwischen den Truppen und den städtischen Behörden einnehmen. In einer großen Garnison können mit diesen Aufgaben ein Truppenbefehlshaber nicht beauftragt werden, welcher dieser Pflicht nur neben seinen eigentlichen Berufsgeschäften und in Grenzen der ihm durch legeren gelassenen Zeit nachzukommen vermag, außerdem aus der Garnison jährlich auf längere Zeit Dienstlich abwesend ist. Hieraus ergeben sich die Gründe, welche eine Beibehaltung der Kommandanturen von Breslau, Hannover, Stettin, Altona-Hamburg, Frankfurt a. M. notwendig erscheinen lassen. Für Karlsruhe und Darmstadt sprechen weniger militärische Rücksichten, als die Rücksichtnahme für die Großherzogtümer von Baden und Hessen. Doch in Berlin außer dem Gouvernement noch eine Kommandantur besteht, gründet sich auf den sehr beträchtlichen Geschäftsumfang, sowie in zweiter Linie auf den Umstand, dass bei Bedrohung oder Abwesenheit des Gouverneurs die Obhut derselben nicht ohne Missstände einem Truppenbefehlshaber der Garnison übertragen werden können. Letzterer vermöchte zwar die laufenden Geschäfte zu erledigen, nicht aber den militärpolizeilichen Angelegenheiten und dem sonstigen Garnisondienste mit denjenigen Sicherheit vorzustellen, deren ein solcher Befehlshaber in der Haupt- und Residenzstadt des Kaisers bedarf. Nur auf die Kommandanturstelle in Kassel vermag die Militärvorwaltung, aber auch nur für längere Zeit, zu verzichten.

Am 5. d. hat in Königsberg die neulich angekündigte Volksversammlung in Sachen der Eideleistung stattgefunden. Dieselbe beschloss eine eingehend motivierte Petition an den Reichstag, dahin gehend, „alle religiösen Beziehungen aus der Eidesformel zu entfernen und hierdurch der großen Aufgabe der Zukunft, die Religion von dem staatlichen Mechanismus gänzlich abzuholen, einen wesentlichen Schritt näher zu treten.“ Dass die Petition firs erste Erfolg haben wird, ist nicht anzunehmen; man wird das Verlangen also wiederholen müssen. Inzwischen taucht hier und da die Annahme auf, der Fall Hofferichter werde dadurch aus der Welt geschafft werden, dass die höheren Instanzen im Widerspruch mit dem Entschied des breslauer Stadtgerichts Herrn Hofferichter von der Beugnispflicht befreien resp. von Zwangsmahrgeln absiehen. Diese Erwartung ist unberechtigt. Zunächst hat, wie bekannt, das Appellationsgericht das Verfahren der ersten Instanz völlig gebilligt und dann wird jetzt darauf hingewiesen, dass das Obertribunal bereits am 10. September 1869 in einem völlig gleichen Falle in derselben Weise, wie jetzt das Stadtgericht zu Breslau sich ausgesprochen hat. Bei dem allseitigen Interesse möglicher Beschluss hier abgedruckt werden. Er lautet:

An sich sind Sie nach den §§ 311, 332 der Kriminalordnung verpflichtet, Ihre Zeugen Aussage mit einem Eide zu bekräftigen, dessen Form in der Allgemeinen Kriminalordnung vom 8. August 1855 und der Verordnung vom 28. Juni 1844 vorgeschrieben ist. Hierin ist dadurch, dass Sie vor 19 Jahren aus der evangelischen Landeskirche ausgetreten und zu der freien religiösen Gemeinde übergegangen sind, keine Aenderung eingetreten. Nach Nr. 2 der Anlage zu dem Batente vom 30. März 1847 bitten die Mitglieder solcher Gemeinden keine rechtlich bestehende besondere Religions-Partei, sondern bis jetzt nur eine bloße Privat-Gesellschaft und werden in rechtlicher Beziehung nach wie vor als Angehörige derjenigen Religions-Partei angesehen, zu der sie bis zu ihrem Austritte gehört haben, insfern nicht besondere Gesetze Ausnahmen hiervon begründen. Legte er erstens zur Zeit in Bezug auf die hier in Rede stehende Angelegenheit nicht, und Sie werden es sich selbst bewusst haben, wenn bei fortgesetzter Begehung gegen Sie die zulässigen Zwangsmahrgeln in Anwendung gebracht werden.“

Das Resultat des Hofferichter'schen Falles dürfte unter diesen Umständen, da eben ein Gesetz über diese Frage noch nicht erlassen ist, unsicher vorauszusagen sein.

Nach dem sogenannten Klostergesetz ist der letzte Termin, bis zu welchem die katholischen Ordensniederlassungen, welche nicht legalistisch der Krankenpflege gewidmet sind, aufgehoben sein sollen, mit dem 3. Dezember d. J. verstrichen. Das Gesetz bestimmt jedoch, dass denjenigen Niederlassungen, welche sich ausschließlich oder neben der Krankenpflege mit Erziehung und Unterricht beschäftigen, seitens des Ministers der geistlichen Angelegenheiten eine Fristverlängerung bis längstens zum 3. Juni 1879 bewilligt werden kann, falls und insoweit es zur Herstellung der an der Stelle der katholischen Erziehungs-Institute erforderlichen Erfasanstalten einer solchen Nachfrist bedarf. Da die Pflicht der Notwendigkeit und der Dauer der nach den besonderen örtlichen Verhältnissen den einzelnen Niederlassungen zu gewährenden Nachfristen längere Zeit erfordert und noch nicht überall beendet ist, die Bewilligung dieser Nachfristen aber nach den Bestimmungen des Gesetzes ebenfalls bis spätestens zum 3. Dezember ausgesprochen sein möchte, so ist durch einen an die Königlichen Regierungen ergangenen Erlass des Ministers der geistlichen Angelegenheiten für alle Niederlassungen dieser Kategorie, bezüglich deren eine spezielle Entscheidung noch nicht getroffen worden, die Frist zur Auflösung derselben bis auf weitere Bestimmung vorläufig verlängert worden.

Über die Aussichten eines Ausgleichs mit den Klerikalen lässt sich eine Korrespondenz der „S. N.“ u. A. wie folgt vernehmen:

Der heutige Kulturkampf ist einer von denen, die um jeden Preis ausgefochten werden müssen; wer darin unterliegt, steht nicht wieder auf. So eine „weichgestimme Seele“, wie Herr v. Kirchmann in der Berliner „Wage“, hat sehr Unrecht, dem Staat zur Milde gegen das Harte zu raten. Unterwirkt sich der Staat dem Klerus und dessen Kirche, so dankt er einfach ab. Er darf auch nicht den anscheinend verhöhnlischen Stimmen trauen, sondern muss auf die rechten Leute achten, als z. B. „Deutsche Reichszeitung“: „Die Katholiken würden thöricht handeln, wollten sie den Sieg davon geben, den sie bereits in der Hand haben.“ Und „Univers“: „Die Frage muss in Rom und nicht in Berlin gelöst werden. Es handelt sich bei dem Kulturkampfe nicht um einen Kompromiss, nicht um einen modus vivendi, sondern um eine Rückkehr zum status quo, der durch eine wirkliche Parität, wie sie die Katholiken in Preußen nie besessen haben, durch die Freiheit des höheren Unterrichts und die Rückgabe der säkularisierten Kirchengüter verbessert werden muss“ etc. Und endlich die gemüthliche „Voce de la Verita“: „Gewiss, unsere Gegner müssen sich endlich einmal überzeugen und an die Idee gewöhnen, dass der Weg zum Frieden nur der Weg nach Kanossi ist; wird es ihnen allzu schwer, sich mit dieser Idee vertraut zu machen, so hilft das nichts; sie werden immer auf dem nämlichen Flecke sein, d. h. der Friede wird nur dann möglich sein, wenn die Kirche als eine freie, auf ihrem Gebiete unabhängige Macht anerkannt sein wird.“

Man sieht, blöde sind die Herren eben nicht; für den Appetit, den

sie entwickeln, ist alles was man ihnen überhaupt gewähren könnte, nur eine Wohne in den Mund eines Löwen; zu einem solchen Kinderpiel wäre aber doch Zeit und Lage zu ernst.

In einem jüngst ergangenen Reskript hat der Unterrichtsminister sein Befehlen darüber ausgeschlossen, „dass ein überaus großer Theil“ von Universitäts-Vorlesungen „erst im Mat begegnen und beziehungsweise bereit im Juli geschlossen werden ist.“ „Ich muss dringend wünschen“, fährt der Minister fort, „dass die Professoren und Dozenten der dortigen Universität sich vergegenwärtigen, welchen nachteiligen Einfluss auf Ernst und Gründlichkeit der Studien eine solche Verkürzung der den Vorlesungen gewidmeten Zeit ausübt und sich dem entsprechend allgemein einer genauen Beobachtung der in den Universitäts-Statuten enthaltenen Vorschriften befreit.“ Das Universitäts-Kuratorium soll die Universitätslehrer hierüber in geeigneter Weise verständigen.

Der Bundesrat hat unter dem 13. November die lang erwartete Prüfungsordnung für Apotheker geschaffen erlassen. Die Prüfungsbehörde besteht aus einem höheren Medizinalbeamten oder dessen Stellvertreter als Vorsitzenden und zwei Apothekern. Die Prüfungen werden im Januar, April, Juli und Oktober jeden Jahres gehalten und jede dauert zwei Tage. Die Prüfung besteht in schriftlicher, praktischer und mündlicher. Erstere in Klausur und ohne Benutzung von Hilfsmitteln soll ermitteln, ob der Lehrling die ihm zur Bearbeitung vorzulegenden Materien, soweit dies von ihm gefordert werden kann, beherrschte und seine Gedanken klar und richtig ausdrücken vermag. Der Lehrling erhält drei Aufgaben. Zweck der praktischen Prüfung ist die Ermittlung, ob er das für den Apothekergebäufen erforderliche Gedächtnis angeeignet hat; und die mündliche soll ermitteln, ob der Lehrling die rohen Arzneimittel kennt und von andern Mitteln zu unterscheiden weiß, ob er die Grundlehren der Botanik, der pharmazeutischen Chemie und der Physik inne hat; ob er die erforderlichen Kenntnisse im Lateinischen hat und hinlänglich mit den Gesetzesbestimmungen vertraut ist, welche für das Verhalten und die Wirksamkeit des Gehalts maßgebend sind. Die Prüfungsordnung tritt mit 1. Januar 1876 in Kraft.

Paris, 5. Dezember. Nicht das perfide Albion, nein, das noch viel verstoßende Germanien ist an allem schuld, was der großen Nation in Afrika Unangenehmes widerfährt. Man vernehme ohne Stau- nung also, was die Liberalie in Erfahrung gebracht haben will: „Die Deutschen wandern seit einiger Zeit sehr zahlreich nach Abyssinien und anderen Punkten des Nothen Meeres und der Westküste von Afrika aus; England soll entschlossen sein, sich der Vergrößerung dieser Bewegung zu widersetzen. Es soll den Khedive bewogen haben, einer deutschen wissenschaftlichen Gesellschaft zur Erforschung der Niqellen die Militärschiffe zu versagen. Andererseits sollen die Ägyptier durch Besetzung einiger Punkte von Banizbar keinen anderen Zweck haben, als einem deutschen Versuch zuvorzuhelfen.“ Also nicht bloß Pendulen, sondern auch Kolonien stecken die Deutschen ein, wo sie dieselben bekommen können; es ist eine entsetzliche Rasse, diese Deutschen! Die République Française lädt wenigstens in ihrer Erbitterung über den vortheilhaften Handel Englands mit dem Khedive England die Gerechtigkeit widerfahren, es habe seinen Vortheil gewahrt und dies könne man ihm nicht verargen; dagegen findet Gambetta's Organ es unerhört, dass die National-Versammlung keinen Tadel gegen die französische Botschaft in London und gegen das Auswärtige Amt ausgesprochen habe, – als wenn es seit 1815 das erste Mal wäre, dass die französische Diplomatie sich unfähig erwiesen hätte!

Lokales und Provinzielles.

Posen, 9. Dezember

Der alte „Dreier“, bekanntlich schon seit dem 1. November offiziell außer Kurs gesetzt, kommt trotzdem noch immer im Verkehr vor. Solche jährliche Unabhängigkeit an die alte liebgewordene Münze dürfte aber jetzt ihr Ende erreichen müssen, soll sie nicht mit fiktiven Verlusten verknüpft sein. Wir machen daher das Publikum darauf aufmerksam, dass das Dreipfennigstück nur noch bis zum 31. Dezember c. bei den bereits früher namhaft gemachten Einlösstellungen umgewechselt wird und von diesem Zeitpunkt ab der Dreier nur noch Kupferwert hat, d. h. seine Güte als Münze gänzlich verliert.

Die Anzahl der Eisenbahngüter, welche hier täglich ankommen und abgehen, wird durch die Betriebsberichterstattung der Posen-Kreuzburger Eisenbahn auf 36 gesteigert. Die meisten dieser Güter fallen auf die Zeit von 2 Uhr 41 Min. bis 7 Uhr 5 Min. Nachmittags, wo im Verlauf von ca. 4½ Stunde 14 Güte ankommen und abgehen. Nachmittag ist in der Zeit von 9 Uhr 44 Min. bis 11 Uhr 40 Min. Vormittags eine lebhafte Frequenz, indem in diesen ca. 2 Stunden 7 Güte ankommen und abgehen. Es folgen die Stunden von 4 Uhr 54 Min. bis 6 Uhr 16 Min. Vormittags mit 6, von 9 Uhr 28 Min. bis 11 Uhr 1 Min. Abends mit 5, und von 8 Uhr 7 Min. bis 9 Uhr 44 Min. Vormittags gleichfalls mit 5 Gütern. Eine Ruhezeit tritt ein von 11 Uhr Abends bis 4 Uhr 54 Min. Morgens, und von 11 Uhr 40 Min. bis 2 Uhr 41 Min. Mittags.

d - Hirschtein, 7. Dezember. [Musik-Aufführung.] Gestern Abend fand im königl. Schlossbühn-Seminar hier selbst unter Leitung des Musiklehrers Herrn Herzog eine von den Böglingen des Seminars ausgetührte Musik-Aufführung zu wohlthätigen Zwecken statt. Diese sich jährlich wiederholenden musikalischen Aufführungen erfreuen sich stets der regsten Theilnahme der Stadt und Umgegend und geben ein rühmendes Zeugnis von der Leistung des Seminars.

J. Nowrażlaw, 5. Dezember. [Handwerkerverein. Feuer. Trikotinen. Waffenräthe. Lehrkursus. Bürgermeister. Ortsnamensänderungen.] In der am 30. v. M. abgehaltenen Generalversammlung des höchsten Handwerkervereins erklärte zunächst Dr. Rechtsanwalt Kleine im Auftrage des Vorstandes, dass derselbe, veranlasst durch den leichten Beschluss der Generalversammlung vom 16. v. M. sein Amt nieverleihe. Auf Antrag des Herrn Krüger wurde der bisherige Vorstand durch Aktionierung wiedergewählt. Der Vorstand erklärte, dass er, nachdem er durch die Debatte und Wiederwahl überzeugt worden sei, sich auch mit der Majorität des Vereins auf demselben Boden der Auseinandersetzung zu befinnen, die Wiederwahl annehmen. – Am 30. v. M. brach in dem Hinterhause eines an der Feuerstraße belegenen Grundstücks Feuer aus. Das Feuer blieb glücklicherweise nur auf das Hinterhaus und 2 Ställe beschränkt, deren Inhaber jedoch ihre ganzen Brennvorräthe eingebüßt haben. Bei der Dämpfung des Feuers haben sich besonders die Mannschaften der 8. Kompanie hiesiger Garnison rühmlich hervorgehoben. Das Feuer ist durch Unvorsichtigkeit eines Knechtes entstanden, der sich mit einem brennenden Lichte in einen Stall begeben hatte. – Am 30. v. M. wurden bei einem von Herrn Restaurateur Daniel hier selbst geschlagten Schwein durch Herrn Kreisarzt Stroeder eine Menge Trikotinen vorgefunden, so dass das Schwein am folgenden Tage vergraben werden musste. Es ist dies ein Erfolg der bezüglichen Polizeiverordnung vom 3. Juni c. der erste Fall und wird Dr. Stroeder auch die in qu. Verordnung zugestehende Prämie erhalten. – In der am 2. d. abgehaltenen Stadtvorordneten-Sitzung war u. a. die Bildung eines Waffenschatzes Gegenstand der Beratung. Die Versammlung genehmigte in Betr. der Bildung eines Gemeindewaffenschatzes die vom Magistrat vorgeschlagene statutarische Bestimmung mit der Maßgabe, dass statt 6 8 Mitglieder gewählt werden sollen. – Unter persönlicher Leitung des kgl. Kreis-Schulinspektors Hrn. Bünzow ist hier in Kruschwitz in der Zeit vom 15. bis 27. November c. ein Kursus in der uraustischen Unterrichtsmethode stattgefunden, an welchem acht Lehrer aus der Umgegend Theil genommen

haben. – Der Distrikts-Kommissarius Kollmann in Balsch ist nun mehr definitiv auch zum Bürgermeister von Balsch ernannt worden. – Die beiden Vorwerke Ludwowno und Alexandrowo im Kreise Mołino sind unter Abtrennung von dem Gutsbezirk Rybitw zu einem selbständigen Gutsbezirk vereinigt worden und haben mittelst Aller-Erlaßes den Namen „Leuthen“ erhalten.

Aus dem Gerichtsaal.

Stuttgart, 3. Dezember. [Eine Haarlocke Friedrich Schiller's.] In Stuttgart bildete dieser Tage eine Haarlocke Friedrich Schiller's den interessanten Gegenstand einer Gerichtsverhandlung. Unter der Anklage, eine Locke Schiller's sich unrechtmäßig angeeignet zu haben, befand sich der Professor am Stadt-Humanistum, für die Lebgegenstände Deutsch und Geschichte, Dr. Heinrich Neu-Steiner, am 24. v. M. vor Gericht. Derselbe opferte dieser kostbaren Relique Schiller's nicht weniger als seine Braut. Er besuchte nämlich seit einem Jahre die Familie des vormaligen Kommerzienrates Wilhelm v. Hafermann und feierte vor einem Monate mit der 19-jährigen und jüngsten Tochter desselben die Verlobung. Der Kommerzienrat v. Hafermann, der mit dem verstorbenen Dichterfürsten in einem allerdings weitsichtig verwandtschaftlichen Verhältnisse steht, war der Eigentümer der kostbaren Relique, und er hielt dieselbe in einem verzierten goldenen Medaillon sorgfältig verwahrt. Sowie der Kommerzienrat als Aeltester seiner Geschwister von seinem verstorbenen Vater die Locke Schiller's geerbt hatte, so sollte auch, einer vereinbarten Familienbestimmung nach, dieses Erbe künftig ebenfalls wieder auf den ältesten Sohn übergehen. Professor Dr. Neu-Steiner suchte seinen Schwiegervater in spe von dieser getroffenen Bestimmung abzubringen und stellte denselben sogar den Antrag, er wolle für den Besitzer der seltenen Haarlocke auf jegliche Ausstattung seiner Braut verzichten und außerdem den ältesten Sohn v. Hafermann's für die Verzichtsleistung seiner Erbansprüche auf diesen Gegenstand entsprechend entschädigen, ohne jedoch seinen Zweck zu erreichen. Nachdem Professor Dr. Neu-Steiner die Überzeugung erlangte, dass auf gewöhnlichem Wege die Eröffnung seines Wunsches nicht möglich sei, entschloß er sich, einem Theil der Locke zu entwenden und führte dieses Vorhaben in der That aus. Wiewohl der Kommerzienrat seiner Tochter zu Liebe, um einen Skandal zu vermeiden, nach Entdeckung des Diebstahls auf den entrissenen Schatz gerne verzichtet hätte, so gab dies jedoch sein älterer Sohn nicht zu und erstickte gegen Professor Dr. Neu-Steiner, der das Geschohne nicht zurückstatten wollte, die strafgerichtliche Anzeige. Bei der gerichtlichen Schätzung wurde die Locke Friedrich Schiller's auf mindestens 50 Thlr. geschätzt. Der entstandene Schaden wurde, da der Angeklagte nur etwa die Hälfte der Hölle sich angezeigt hatte, auf 25 Thlr. gestellt. Das Urteil lautete auf schuldig des Bergengeldes des Diebstahls. Professor Dr. Neu-Steiner bekam deshalb eine achtläufige Arreststrafe zu verurteilen und wird zum Erlass des Schadens angehalten. Der Verurteilte ergriff bezüglich des Strafmordes den Rekurs.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

= Das beste und billigste Kochbuch ist unstrittig das von der Gräfin von Holkendorf in Dresden verfasste. Es ist bei Hahn in Hannover erschienen und der Erlös soll zu wohltätigen Zwecken verwendet werden.

= Bei Scholze in Leipzig erscheint: Verhühte Liebespaare. Neue Folge von Fr. v. Hohenhausen, unserer geschätzten Mitarbeiter.

* Im Verlage der Haude- und Spener'schen Buchhandlung (Weidling in Berlin) ist schon in neunter verbesselter und vermehrter Auflage ein Buch erschienen, das sich wie wenige in allen Kreisen der gebildeten Gesellschaft Wohl gebrochen hat und allen wahrhaft zum Bedürfnis geworden ist. Es ist der ehem. so reiche wie interessante Ritterstab des deutschen Volkes, für den sein Herausgeber, Georg Büchmann, den aufrüttenden und äußerlichen Titel: „Gefährliche Worte“ gewählt hat. Das Buch ist so wenig zu entbehren, wie das Konversations-Lexikon und der Kalender. Der Stoff der Karin aufspeichert ist, erweist sich für Schrift und Rede als ein wahrhafter Schatz. Einfach ausgestaltet, wie in der vorliegenden Auflage, ist es für Männer und Frauen eine immer und überall erwünschte Gabe.

= Unter den Bractwerken, welche von Jahr zu Jahr zum Schmuck des Weihnachtstisches erscheinen, nimmt Albert Erbgre's Album „Deutsche Kunst in Bild und Leben“ die originalbeiträge deutscher Maler, Dichter und Tonkünstler (Leipzig, Verlag von F. Klinckhardt) unbestritten eine der ersten Stellen ein. Es ist der 18. Jahrgang, der uns nun vorliegt, und er befindet aufs neue die sorgsame Hand des a. 8. Dichter rühmlich bekannten Herausgebers. Er hat wieder eine Reihe der tüchtigsten Künstler und trefflichsten Dichter der Gegenwart um sich zu scharen gewusst, von denen Jeder bestrebt gewesen ist, sein Bestes zu geben. Das Buch enthält 17 Theile in Lithographie, theils in Farbendruck ausgeführte, meist recht gelungene Bilder und eine große Anzahl lyrischer und epischer Dichtungen. Die Provinz Posen ist durch poetische Beiträge von Otto Käseff und Oskar Elsner vertreten. Die äußere Ausstattung lädt nichts zu wünschen übrig.

Staats- und Volkswirtschaft.

** Berlin, 5. Dezember. [Wolle] In den jüngst verflossenen 8 Tagen war das Geschäft am zweiten Platz sehr belebt in deutscher Schäfereiwollen und der Verkehr auf allen Plätzen umfangreicher als seit längerer Zeit. Sowohl Geschäfte, welche in der Vorwoche in Unterhandlung waren, gelangten zum Abschluss, als auch Vorbereitungen zu neuen Geschäften für die nächste Zeit getroffen wurden. Bei dem größeren Quantum, welches zum Verkauf gelangte befreit sich nur inländische Fabrikanten, während Kämmerer wie überhaupt Großküster wenig kaufen und fortfahren, der Operation fern zu bleiben. – Großküsterheil nach der Laufzeit gingen etwa 3200 Thlr. mittel-same Bäderpommersche, mecklenburgische u. preuß. Schäfereiwollen zur Steiffabrikation, in mittlerer Beschaffenheit von Anfang bis Mitte Görlitzer Thaler, während fehlerfreie Wollen in schöner Behandlung bis 67 Thlr. bezahlt wurden. Sachsen entnahm dem hiesigen Lager zu Kammwerten etwa 150 Thlr. feinere preußische AAA Wollen um Mitte sechziger Thaler. In Fabriken gewachsene deutsche Wollen wurden etwa 150 Thlr. zu den bisherigen Preisen von 28 Sgr. auch etwas darüber aus dem Markte genommen, dagegen ist von Verläufen von Loden-, Landwollen und Gerberwollen nichts Belangreiches bekannt geworden. Nur von Kapellen bezo. das Inland von hiesigen Loden einige hundert Ballen analog den londoner Preisen. – Von der noch andauernden Auktion in London berichtet man, dass eine wesentliche Veränderung nicht eingetreten, Exp. extra super Snow White behaupten ziemlich die August-September-Schäfelpreise, während in den untergeordneten vernachlässigten Gattungen sich mehr Kauflust und Spekulation entwickelte. – Am hiesigen Platz konnte sich trotz des größeren verlaufenen Quantums eine bessere Meinung für den Artikel Wolle nicht entwickeln, vielmehr blieb die Absatz für Realisation der Bestände vorhersehend und ein Entgegenkommen seitens des Verkäufers unverkennbar. (Nat. 3)

** Nürnberg, 3. Dezember. [Höfen.] Der Einkauf betrug heute 300 Ballen, während Landfuß Null abgelehnt ist. In den verschiedenen Höfen sind Hallertauer, sklunda und tertia, am zahlreichsten vorhanden, schwer veräußlich; sie bleiben je nach Befund in Tafelsorten, welche ohne alle Nachfrage das Angebot vermehren und öfters nur Preise der Marktware erzielen, während blanke grüne Marktflossen, beliebt, zu 30–34 Fl. täglich gekauft werden. Dass Primasorten, überhaupt gute Lagerbierhöfe, in den Selteneiten des Marktes gehören, haben wir schon oft erkannt; die Preise derselben bestätigen dies vollkommen, denn heute wurden mehrere ausgewählte Ballen Hallertauer und Spalterland-Siegelgut zu 55, 60 und 66 Fl. bezahlt.

— 4. Dezember. Heute hatten wir keine kennenswerthe Zuschriften, das Geschäft war aber auch geringfügig und beschränkte sich auf etliche Posten Kundschafsmärkte zu untenstehenden Notirungen. Beste Marktware 30—34 fl., Selunda 25—29 fl., Tertia 18—22 fl., Gebirgs-
hopfen 30—40 fl., Bavarische 36—44 fl., Polen 35—40 fl., Württem-
berger prima 45—52 fl., Hallertauer prima 48—56 fl., do. secunda
38—45 fl., Wolnzach-Auer Siegel 58—62 fl., Alsfeldgrüner 25—38
fl., Altäcker 26—30 fl., Eßfasser 33—42 fl., Oberäckerreicher 28 bis
36 fl., Spalt, Stadt dorf. 90—95 fl., do. schwere Lagen 70—80 fl., Saaz,
Bezirk do. 75—85 fl., Saaz, Kreis do. 65—75 fl.

Vermissches.

* Neustettin, 3. Dezember. [Eine Revolver-Zigarre.] Der Gattwirth Herzberg in Burchow, so erzählt die hier erscheinende „Nord. P.“, hatte im Frühjahr von einem stettiner Hause einige Zigarren bezogen, die er zwar abbestellt hatte, die ihm aber dann doch wider seinen Willen ausgefandt worden waren. Am Sonntag nun zündete sich der ic. Herzberg eine dieser Zigarren an und betrat mit derselben, sein Söhnchen an der Hand führzend, das Gastzimmer. Beim Eintritt in das letztere nahm er zufällig, zu seinem Glück, die Zigarre aus dem Munde und hielt sie zwischen zwei Fingern der linken Hand nach unten. Da plötzlich explodierte die Zigarre mit einem Knall, ähnlich dem eines Flintenschusses, verlegte seine Lende und den Unterleib und riss die Fleischtheile der beiden Mittelfinger vollständig weg. Glücklicherweise war bald ärztliche Hilfe zur Hand, und es wurden, Dank dieser, Herzberg aus verschiedenen Teilen des Körpers zahlreiche Stücke von Explosionsstoffen herausgezogen. Bei der Untersuchung der Zigarre stellte sich weiter heraus, daß dieselbe keineswegs eine der bekannten Knall-Zigarren gewesen war, sondern daß die Paraffine eines Revolvers in das Deckblatt der Zigarre funktionsgerecht eingeschweißt worden war. Wäre die Explosion erfolgt, als der ic. Herzberg die Zigarre im Munde hielt, so wäre eine Sprengung des Schädelns und der Tod unvermeidlich die Folge der Katastrophe gewesen. Auch ist erscheint es mehr als zweifelhaft, ob der ic. Herzberg überhaupt wieder in den vollen Gebrauch seiner Finger wird gelangen können. Wo der Ursprung und das Motiv des Frevels zu suchen ist, steht noch nicht fest, doch sind die Erhebungen im Gange.

* Breslau, 7. Dezember. [Zur Volkszählung.] Nach einer von Seiten des biegsigen statistischen Bureaus zusammenstellten Übersicht der vorläufigen Ergebnisse der Volkszählung in Breslau bezieht sich die Gesamtzahl der ortsbewohnden und in Breslau ortsbewohnden Bevölkerung auf 237,398. Die Zahl der am 1. Dezember hier anwesenden ortsbewohrenden männlichen Personen betrug 114,216 und die der weiblichen Personen 123,182. Als „in anderen Orten ortsbewohnd“ wurden verzeichnet 1527 männliche und 1546 weibliche = 3073 Personen, so daß die am 1. Dezember überhaupt hier anwesende Bevölkerung sich auf 240,471 Seelen belief. Im Jahre 1871 wurden als Gesamtbevölkerung gezählt 207,997 Personen.

* Die Polizeibehörden vigilierten gegenwärtig auf eine höchst gefährliche Betrüger- und Hochstaplergesellschaft, welche, wie es scheint, ganz Deutschland bereist und unter dem Deckmantel ihrer hochchristlichen Namen Schwindelien en gros betreibt. Auch in Berlin haben dieselben, wie ermittelt worden, ihre Künste ausgetüftelt. Es sind dies der Graf Emmerich Leiningen-Wetterburg aus Schloss Albenstein, Graf Hippolyt von Boratowski aus Russisch Polen und ein Renter Hanan, die in den ersten Hotels der Residenzen sich einzulogieren pflegen, nach Möglichkeit Schulden kontrahieren und dann pöbelig unsichtbar werden. Ihren letzten Coup haben sie bei Dresden in Tharand ausgeführt.

* Die neue Militärbahn hat auch schon ihre Opfer gefordert. Zwischen Spremberg und Bösen geriet ein zum Dienst bei einer Weiche kommandierte Pionier vom Eisenbahnbataillon, als ein Eisenbahnzug rangiert wurde, unter einen Wagen, und wurde übersfahren. Das rechte Bein, welches auf eine Schiene zu liegen kam, wurde ihm bei dieser Gelegenheit vollständig abg. quetscht. Nachdem dem Verunglückten ein Notverband angelegt worden war, beförderte man ihn mit dem nächsten Zug nach dem Garnisonlazarett in der Scharnhorststraße zu Berlin, woselbst die Amputation des rechten Unterschenkels, welcher nur noch an einer Sehne hing, sofort vorgenommen wurde.

* Anilinwurst. Aus Meran berichtet das dortige Wochenblatt: Ein Einwohner kauft sich bei einem gut renommierten Fleischermeister Bratwurst. Beim Aufschneiden fiel dem Käufer die intensive rote Farbe des Wurstfleisches auf und er legte, da ihm die Sache verdächtig erschien, die Wurst der Polizeibehörde zur Untersuchung vor. Apotheker Dr. Schön, dem die chemische Analyse übertragen wurde, fand nun, daß besagte Wurst mit Anilin durchgelegt war, und konstatierte, daß die Anilin-Brimstich im Verhältniß zum Wurstquantum so bedeutend war, daß der Genuss solcher Wurst ernsthafte Gefährdung der Gesundheit nach sich ziehen kann.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 8. Dezember. Das Abgeordnetenhaus setzte in seiner gestrigen Sitzung die Budgetdebatte fort. Der Finanzminister wandte sich gegen die von anderer Seite erhobenen Einwendungen und wies auf das Finanzprojekt hin, dessen bestrittene Zahlenangaben er aufrecht erhält. Der Minister verwahrt sich sodann gegen die Absicht, durch eine Personaleinkommensteuer neue Zuschläge auf die bestehenden Steuern zu legen. Was die Nationalbank anbetrifft, so würde sich dieselbe bei Behandlung der Bankfrage wohl zu Erfüllung gemachter Wünsche geneigt zeigen. Die Regierung sei vor Allem auf schnelle Durchführung der Steuerreform bedacht. Von einem großen Defizit, von dem so viel gesprochen werde, sei keine Rede, der Kurs der Staatsrenten zeige, daß nicht Jedermann so schwarz sehe und zahlreiche Symptome deuteten auf einen baldigen Umschwung zum Besseren hin.

Brüssel, 7. Dezember. Die Deputiertenkammer hat die Gesetzvorlage, betreffend den zwischen Deutschland und Belgien zum gegenwärtigen Schutz der Marken und Fabrikzeichen abgeschlossenen Vertrag einstimmig genehmigt.

Brüssel, 8. Dezember. Das „Journal de Bruxelles“ bestätigt, daß zwischen den belgischen und holländischen Regierung ein Meinungs-austausch in Betreff des von einem holländischen Kriegsschiffe auf der Schelde festgehaltenen dänischen Dampfers „Phönix“ stattgefunden habe, stellt aber die von dem „Etoile belge“ gebrachte Nachricht in Abrede, nach welcher die holländische Regierung wegen dieser Angelegenheit eine in verlebendem Tone gehaltene Note an die belgische Regierung gerichtet haben sollte.

Nom, 7. Dezember. Die beabsichtigte Abhaltung eines päpstlichen Konistoriums ist behufs der für die abermalige Ernennung neuer Kardinäle zu treffenden Vorbereitungen verschoben worden. — Aus Neapel und den benachbarten Provinzen wird eine Erderschütterung gemeldet.

London, 7. Dezember. Aus Hongkong wird vom 30. v. Mts. gemeldet, daß nach dort eingegangenen Nachrichten aus Peking wegen des Ergebnisses der jüngst zwischen den englischen und den chinesischen Regierung gepflogenen Verhandlungen eine ziemlich große Misstrümmerung, besonders unter den chinesischen Beamten, herrsche. In Peking war die Regierung deshalb sogar in an den Straßen angeschlagenen

Schriftstücken, die jedoch durch die Behörden sofort wieder beseitigt wurden, heftig angegriffen worden. Wie gerüchtweise verlautet, hatte man englischerseits neue Momente dafür, daß chinesische Behörden bei der Ermordung Margary's mißheiligt seien, in Erfahrung gebracht. — Heute hat hier eine zahlreich besuchte Versammlung von Inhabern der verschiedenen Arten türkischer Obligationen stattgefunden. Auf derselben wurde der Entwurf eines Statuts vorgelegt, durch welches weitere Emissionen türkischer Obligationen verhindert werden sollen. Ferner wurde ein Spezialkomitee ernannt, um die bezüglichen Verhandlungen zu führen und zugleich bestimmt, daß zur Deckung der Ausgaben von dem nächsten fälligen Coupon aller Obligationen 1% p.c. abgezogen werden solle. Wie die „Times“ glaubt, würde Ottoway zum Generalagenten der Inhaber von Obligationen ernannt werden und wäre es möglich, daß die bezüglichen Verhandlungen nach der Ankunft Satyri Paschas in Paris geführt würden.

London, 8. Dezember. Nach einem den hiesigen Lloyds aus Sheerness zugegangenen Telegramme ist dafelbst gestern Morgen ein Boot des bei Kentisch Knock festgerathenen Dampfers „Deutschland“ angelkommen. Auf demselben befanden sich der zweite Steuermann, August Beck, und zwei Tote. Das Boot war 38 Stunden auf See. Man glaubt, daß der Dampfer an der Mündung der Themse gescheitert ist. Nach Angabe des zweiten Steuermannes Bed betrug die Zahl der auf dem „Deutschland“ befindlichen Passagiere und Mannschaften 150. Nach hier eingegangenen Nachrichten sind folgende Passagiere vom Dampfer „Deutschland“ gelandet: Erste Klasse: Wilhelm Leid, Carl Dietrich Meyer. Zweite Klasse: Theodor Tiedemann, Heinrich Schen, Sauer, Heymann Nathan, Franz Hamm, Auguste Hamm, Eduard Stamm, Alfred Wuttig, Adolph Hermann, Anna Bickhold. Folgende Personen werden noch vermisst: Erste Klasse: Julius Grottmann. Zweite Klasse: Ludwig Hermann, Maria Förster, Emil Heck, Bertha Findling, Theodor Findling, Barbara Hiltenschmidt, Henriette Fassbender, Norberta Reinholzer, Andrea Bajzinda, Brigitta Samhorst. Die Liste der verschendeklassagiere und der Mannschaft ist noch nicht zu ermitteln gewesen.

Bukarest, 7. Dez. Die Deputiertenkammer hat ihre Zustimmung zu den von dem petrohriger internationalen Telegraphenkongress gefassten Beschlüsse ausgesprochen und auch den Beitritt zum berner Weltpostvertrage genehmigt.

Washington, 8. Dezember. Mit der Botschaft des Präsidenten ist gleichzeitig die mit Spanien geführte diplomatische Korrespondenz, ausschließlich der auf die jüngsten Verhandlungen bezüglichen Aktenstücke, vorgelegt worden. Dieselbe ist in durchaus freundlichem Tone gehalten. — Zum Schutz der amerikanischen Bürger in Libera hat ein Panzerschiff die Ordre zum Auslaufen erhalten. — In der von dem Schatzsekretär Bristol an den Kongreß erstatteten Berichte werden die fiskalischen Einnahmen des nächsten Rechnungsjahres auf 310 Millionen Dollars angeschlagen. Der Marineminister erklärt in dem von ihm erstatteten Berichte, daß die bei den Antillen, im Golf von Mexiko und an den amerikanischen Küsten stationirten Geschwader sich in durchaus wichtigen Zustände befänden und in kurzer Frist auf die Zahl von 17 Panzerschiffen und 40 Kreuzern mit zusammen 500 Kanonen vermehrt werden könnten. Für Fertigstellung der Hälfte dieser Zahl von Kriegsschiffen sei bereits Auftrag gegeben.

Versailles, 8. Dezember. Die Nationalversammlung nahm den Entwurf der Konvention, betreffend die Bildung eines internationalen Bureaus für Maße und Gewichte in erster Lesung an und setzte die Verabredung der Vorlage über die Justireform in Egypten fort. Der Minister Herzog Decazes entwickelte die Bedeutung der Reform; dieselbe sei notwendig und wäre ohne Gefahr zu vollziehen. Es sei der Versuch von den gesammelten europäischen Mächten anzustellen, Frankreich müsse sich daran beteiligen. Herzog Decazes betonte in der weiteren Rede nochmals die Notwendigkeit, die Vorlage anzunehmen. Frankreich habe stets für den Konservativen die freundschaftlichsten Gesinnungen gehabt, die Nationalversammlung möge dieselben ihrerseits bestätigen. Es handle sich um die Frage, ob Frankreich aus dem europäischen Konzert ausscheiden wolle oder nicht. Paul Duprat (L'In) spricht gegen die Vorlage. Die Versammlung lehnt die von der Kommission vorgeschlagene Vertragung ab und ebenso die vom Ministerium verlangte Dringlichkeit, und beschließt zur zweiten Lesung überzugehen.

Verantwortlicher Redakteur. Dr. Julius Wasner in Posen. Für das Folgende übernimmt die Redaktion seine Verantwortung

Angekommene Fremde

9. Dezember.

HOTEL DE BERLIN. Die Gutsbesitzer Pulaski aus Ostrowo, Swiderski aus Bojanowo, Fabritius Kempinski aus Oppeln. Ingenieur Furtz aus Berlin. Pr. A. D. v. Döllnitz aus Reppen. Kaufmann Schreiber mit Familie aus Mur. Goslin.

Eingesandt.

Gnesen, 4. Dezember 1875.

Die Referate der „Gnesener Zeitung“ vom gestrigen Tage und der Posener Zeitung von demselben Tage, über die Vorwahl zur bevorstehenden hiesigen Stadtverordneten-Wahl enthalten nicht allein Unrichtigkeiten, sondern es wird auch darin die Wahrheit, zum Nachteil der einen und zum Vorteil der anderen Partei verschwiegen. Zuvielerst ist es nicht richtig, daß die Polen allein den tumult verursacht und daß nur die Polen den Saal verlassen haben. In Gegenseitigkeit, den ersten Impuls zur Unruhe hat ein Deutscher, der Intimus des Herrn Stadtrath Kubale gegeben.

Die erste Ansprache hielt bekanntlich Herr Rittergutsbesitzer Russak und gleich beim Beginn seiner Rede wurde er von dem gedachten Intimus durch Gegenrede unterbrochen. Während der Ansprache des Herrn Kubale herrschte bei beiden Parteien die größte Ruhe, und nur ein gehörtes Mitglied des Komitee hat den Herrn Kubale unterbrochen, und ihm vorgestellt, daß seine Beschuldigungen gegen Stadtverordnete und Rämmerei nicht vor die Versammlung gehörten; auch wären diese Vorwürfe um so unbegründeter, als die Rämmerei-Kasse von der Königl. Regierung zu Bromberg wiederholt redovirt und für richtig befunden, die Rechnungslegung ist nur die Form dafür.

Dann erst entstand der tumult, der aber von beiden Theilen, von den Deutschen und von den Polen ausging. Als hierauf Herr Rittergutsbesitzer Russak zum zweiten Mal das Wort nahm, um Herrn Kubale zu entgegnen, und anfangs das Unrichtige der Ansprache des Herrn Kubale zu beleuchten, und hervorzuheben, daß es grade einem Stadtrath nicht gezieme, sich die Kandidaten für die Stadtverordneten anzuhören, weil diese die Aufgabe haben, die Stadträthe, also auch Herren Kubale zu wählen und zu kontrolliren, begann der tumult und war durch den Kaufmann A. Walosztein, den Klempnermeister Stadhagen, der nicht einmal wahlberechtigt sein soll und Kaufmann Vincus Stranz. Letzterer schrie laut: „Die Stadtverordneten sind nicht ehr-

lich, man muß ehrlich sein.“ Diese drei Personen standen ganz in der Nähe des Sprechers, und da sich wieder andere Stimmen für die Fortsetzung der Rede erhoben, wurde der tumult immer größer, so daß Herr Russak dem Herrn Vorsitzenden vorschlug, er möchte die Versammlung aufheben, wie es auch geschehen ist. Es entfernen sich dann die Polen, mit ihnen aber auch die anwesenden der deutschen Bürger, die Herren Kellermann, Elsterbeck, Russak, Hübler und noch viele andere.

Ohne hier weiter noch auf die Auslassungen des Herrn Kubale einzugehen, will ich nur auf seine Unsonderungen aufmerksam machen. Er hat das ganze Stadtverordneten-Kollegium bitter getadelt und doch wünscht er die Wiederwahl des Kaufmanns Wittkowski, grade Dössingen, dessen Wiederwahl seine Glaubensgenossen auch deshalb nicht wünschen, weil er für die Einführung der Gesetzgebung-Sterne, welche die jüdische Bevölkerung mit dem Namen „Juden-Sterne“ bezeichnet und der ferner gegen eine Subvention zur Trottoirlegung an nicht sehr begüterte Bürger bestimmt habe, wobei zufällig in beiden Sachen sein Votum den Ausschlag gegeben haben soll.

Ein deutscher Bürger.

Eingesandt.

Thorn, 7. Dezbr. [Die Posener Zeitung.] Sie gestatten uns wohl, uns mit Ihrem Blatte zu beschäftigen, zumal der Gegenstand eine Wette betrifft. Ihr Blatt hatte jüngst die Mittheilung gebracht, daß die Times öfterer schneller die Nachrichten bringt, als die Volksblätter. Auf unsere Einwendung, daß das bei Ihrem Blatte auch vorkommen und daß die Posener Zeitung Nachrichten aus Westpreußen schneller bringen kann, als die Blätter dieser Provinz, wurde dies bestritten und es kam zur Wette. — Sie wurde gewonnen. — Denn die Nr. 704 der Posener Zeitung, welche am 8. Oktober c. Nachmittag 4 Uhr hier anlangte, enthielt bereits den Schlussbericht der graudenziger Schwurgerichtsverhandlung über den Busznitzer Landfriedensbruch, wenngleich die in Rede stehende Schwurgerichtsverhandlung erst um 7½ Uhr Abends am 7. Oktober c. beendet war. Die biegsamen Blätter wurden aber erst nach 7 Uhr Abends ausgegeben und hatte also die Posener Zeitung einen Vorsprung um 3 Stunden. Und doch war nicht ein Mal der Telegraph benutzt worden — sondern die Überleitung des bezüglichen Berichts war, wie die betreffende Nummer ergab, durch die Post erfolgt. — Wenn Ihnen diese Mittheilung so viel Freude macht, als uns die gewonnene Wette gemacht hat, so soll uns das äußerst angenehm sein.

X. B. Liebiger.

Telegraphische Börsenberichte.

Danzig, 8. Dezember. Getreide-Börse. Weiter: milde bei ziemlich starkem Schneefall. Wind: West.

Weizen lolo fand in guter Ware heute einen schlanken Verlauf zu vollen Preisen, doch allfallende Gattungen waren weniger beachtet. Die Bösefahrt ist klein gewesen, der Umsatz betrug 160 Tonnen, darunter waren 44 Tonnen alt. Bezahlt ist für neu Sommer 130, 132/3, 133 Bfd. 190, 191 fl., beiget 132 Bfd. 183 M., glasig grau 126 7 Pfd. 203 M., glasig 128, 131 Bfd. 205 M., hellfarbig 126 Bfd. 207 M., hellbunt 130 Bfd. 212, 213, 214 fl., 131—2 Bfd. 215 M., 135 Bfd. 216 M., hochbunt glasig 131/2 Bfd. 208 M., 134 Bfd. 210 M. abfallend bunt 130 Bfd. 208 M., per Tonne. Termine lustlos, April-Mai 213 M. Br., 211 M. Gd. Regulierungspreis 200 M.

Roggen lolo ohne Umsatz, eher fester, gestimmt wegen mangelhafter Bösefahrt. Termine nicht gehandelt, April-Mai 156 M. Regulierungspreis 149 M. — Gerste lolo große 114/5 Bfd. 162 M., 116 Bfd. 168 M. per Tonne bezahlt. — Hafer lolo Koch 168 M. per Tonne bezahlt. — Hafer fest nicht gehandelt. — Bicken lolo findet zu M. pr. Tonne verkauft. — Spiritus lolo nicht zugeschürt.

Breslau, 8. Dezember. Nachmittags. Getreidemarkt. Weizen höher, biegs. lolo 20, 25, fremdes lolo 21 00 pr. März 21, 55, pr. Mai 22, 05. Roggen fester, hiefig. lolo 16 00 pr. März 15, 60, pr. Mai 15, 90. Hafer fest, lolo 18 00 pr. März 17, 70. Rübbel 31 fest, lolo 28, 70, pr. Mai 28, 10. — Weiter: Starke Frost.

Bremen, 8. Dezember. Getreide-Markt. Standard white lolo 11, 40, pr. Januar 11, 40 fl., pr. Februar 11, 40, pr. März 11, 30 gefordert. Rübbel.

Hamburg, 8. Dezember, Nachmittags. Getreidemarkt. Weizen lolo, außer Termine ruhig. Roggen lolo, fest, auf Termine ruhig. Bösefahrt pr. Dezember 201 Br., 200 Gd., pr. April-Mai pr. 1000 Kilo 213 Br., 212 Gd. Roggen pr. Dec. 150 Br., 149 Gd., pr. April-Mai pr. 1000 M. 158½ Br., 157½ Gd. Hafer fest. Gerste flau. Rübbel fest, lolo 76, pr. Mai pr. 200 Br., 74. Spiritus ruhig. pr. Dezember 36½, pr. Januar-Februar 36½, pr. April-Mai 37½, pr. Juni-Juli pr. 106 Liter 10 p.c. 38½. Käffee ruhig. Umsatz 2000 Sac. Brotzeitest beh., Standard white lolo 11, 65 B., 11, 60 G., pr. Dezember 11, 60 Gd., pr. Januar-März 11, 80 Gd. — Weiter: Trübe.

London, 8. Dez., Nachmittags. Getreide-Markt. Weizen höher, biegs. lolo 20, 25, fremdes lolo 21 00 pr. März 21, 55, pr. Mai 22, 05. Roggen fester, hiefig. lolo 16 00 pr. März 15, 60, pr. Mai 15, 90. Hafer fest, lolo 18 00 pr. März 17, 70. Rübbel 31 fest, lolo 28, 70, pr. Mai 28, 10. — Weiter: Starke Frost.

Heiner Weizen behauptet, angekommene Ladungen vernachlässigt, Mais steigend. Andere Getreidearten fest, aber ruhig. — Thauwetter.

Aberpool, 8. Dezember, Vormittags. Baumwolle (Anfangsbericht). Nutzmaßlicher Umsatz 14,000 Ballen. Stettig. Tagesimport 3000 Ballen amerit.

Aberpool, 8. Dezember, Nachmittags. Baumwolle. (Schlußbericht): Nutzmaßlicher Umsatz 15,000 B., davon für Spekulationen und Export 3000 B. Fest. Ankünfte 1½ höher.

Middling Orleans 7%, middling american 6½ fair Phollesrah 4½, midd. fair Dohlerah 4%, good middling Dohlerah 4½, midd. Dohlerah 4, fair Bengal 4%, fair Broach 5½ new fair Doree 4½, good fair Doree 5%, fair Madras 4%, fair Bernam 7%, fair Sumatra

